



Beschlussvorlage BV 057/2019 (VSA)

Feststellung des Jahresabschlusses 2018 des Landkreises Freudenstadt

Beratungsfolge	Sitzung am	Öffentlichkeitsstatus
Verwaltungs- und Sozialausschuss – Vorberatung –	07.10.2019	öffentlich
Kreistag – Beschluss –	21.10.2019	öffentlich

Beschlussvorschlag:

1. Der Jahresabschluss 2018 des Landkreises Freudenstadt wird in der vorliegenden Form festgestellt.
2. Den Haushaltsermächtigungen (S. 147 des Rechenschaftsberichts) wird zugestimmt.

Finanzielle Auswirkungen:



Keine



Ja

Fachamt: Finanzverwaltung und Schulen

Anlagen: 1. Jahresabschluss und Rechenschaftsbericht 2018 des Landkreises Freudenstadt
2. Schlussbericht 2018 des Kommunal- und Rechnungsprüfungsamtes

(Anlagen wurden bereits mit BV 061-2019.TA versandt)

Zum TOP eingeladen:

Lena Huber und Erich Haag, Finanzverwaltung und Schulen
Andreas Junt, Kommunal- und Rechnungsprüfungsamt

I. Worum geht es?

Nach den Vorschriften des Gemeindewirtschaftsrechts, die nach § 48 Landkreisordnung auf die Wirtschaftsführung der Landkreise entsprechend anzuwenden sind, hat der Landkreis zum Ende des Haushaltsjahres den Jahresabschluss 2018 aufgestellt (§ 95 GemO). Der Jahresabschluss wurde innerhalb von sechs Monaten nach Ende des Haushaltsjahres aufgestellt und vom Landrat unterzeichnet. Das Rechnungsprüfungsamt hat die Prüfung des Jahresabschlusses, innerhalb der gesetzlichen Frist von vier Monaten nach Aufstellung, durchgeführt. Der Jahresabschluss ist vom Kreistag bis zum Jahresende festzustellen.

II. Sachverhalt

Das Jahr 2018 schließt mit einem positiven ordentlichen Ergebnis in Höhe von 4.820.265,41 € ab und ist somit rund 5,4 Mio. € besser als es im Haushaltsplan veranschlagt war. Die Gründe hierfür sind unter Ziff. III erläutert.

Das Sonderergebnis beträgt + 32.684,56 €. Dieses positive Ergebnis resultiert überwiegend aus Verkäufen von Vermögensgegenständen wie zum Beispiel Fahrzeuge.

Daraus errechnet sich ein Gesamtergebnis von + 4.852.949,97 €. Geplant war ein Gesamtergebnis in Höhe von – 620.845,34 €.

Das Kommunal- und Rechnungsprüfungsamt empfiehlt dem Kreistag, den Jahresabschluss 2018 gemäß §§ 48 LKrO, 95b Absatz 1 Satz 2 GemO festzustellen.

Die Budgetergebnisse im Einzelnen:

TH	Amt	Planansatz (Euro)	Ergebnis (Euro)	Vergleich Plan/Ergebnis (Euro)
TH1	Amt 10 – Haupt- und Personalverwaltung	-283.847	-279.522	+4.325
	Amt 11 – Finanzverwaltung und Schulen	-9.296.650	-9.007.448	+289.202
	Amt 12 – Immobilienmanagement	-229.842	-237.930	-8.088
	Amt 13 – Kreisvolkshochschule	-461.020	-181.991	+279.030
	Ergebnis TH1	-10.271.359	-9.706.891	+564.469
TH2	Amt 20 – Jugendamt	-15.789.578	-15.401.697	+387.881
	Amt 21 – Sozialamt	-33.284.871	-33.757.052	-472.181
	Amt 22 – Gesundheitsamt	-745.944	-715.485	+30.459
	Amt 23 – Amt für Migration und Flüchtlinge	-3.415.798	-4.471.907	-1.056.109
	Ergebnis TH2	-53.236.190	-54.346.141	-1.109.950
TH3	S. 3 – Recht	0	0	0
	Amt 30.1 – Bau- und Umweltamt	-2.829.235	-2.559.532	+269.703
	Amt 30.2 – Amt f. Wasserw. u. Bodenschutz	-1.165.672	-1.086.186	+79.485
	Amt 31 – Kreisforstamt	-3.067.435	-2.970.412	+97.024
	Amt 32 – Landwirtschaftsamt	-1.586.393	-1.352.459	+233.934
	Amt 33 – Amt für Ordnung und Verkehr	-2.290.076	-1.154.388	+1.135.688
	Amt 34 – Veterinär-/Verbraucherschutzamt	-897.344	-877.389	+19.955
	Amt 35.1 – Flurneuordnungsstelle	-927.253	-788.034	+139.219
	Amt 35.2 – Vermessungsamt	-1.488.757	-955.878	+532.879
	Amt 36 – Straßenbauamt	-2.741.420	-1.822.762	+918.659
	Ergebnis TH3	-16.993.586	-13.567.039	+3.426.547
TH4	S. 1 – Kommunikation und Kreisentwicklung	-710.022	-760.339	-50.317
	S. 2 – Kommunal-/Rechnungsprüfungsamt	-393.798	-394.460	-662
	Ergebnis TH4	-1.103.820	-1.154.799	-50.979
TH5	Allgemeine Finanzwirtschaft	+80.984.110	+83.595.135	+2.611.024
	Ergebnis TH5	+80.984.110	+83.595.135	+2.611.024
	Gesamtergebnis	-620.845	+4.820.265	+5.441.111

III. Begründung des Beschlussvorschlags

Budgetbereich 1 (TH1): Der Nettoressourcenbedarf im Dezernat I wurde gegenüber dem Planansatz um gut 500 T€ unterschritten. Dieses liegt vor allem an den internen Leistungsverrechnungen. Außerdem sind für den eingeplanten Hochschul-Campus Schwarzwald in Freudenstadt im Rechnungsjahr noch keine Aufwendungen angefallen. Zudem trug die Kreisvolkshochschule mit einer hohen Anzahl von Integrationskursen ebenso zu dem positiven Ergebnis bei.

Amt 10: Im Rechnungsjahr 2018 gestaltete es sich weiterhin schwierig, aufgrund Bewerbermangel, Stellen zeitnah oder überhaupt wiederbesetzen zu können. Auch in der Haupt- und Personalverwaltung wurde diesbezüglich der Planansatz für Personalaufwendungen nicht ausgeschöpft. Zudem wurden die Planansätze vor allem im Bereich EDV deutlich unterschritten, was sich durch die Kosten- und Leistungsrechnung positiv auf die anderen Ämter auswirkt.

Amt 11: Für den eingeplanten Hochschul-Campus sind im Rechnungsjahr 2018, wie auch schon 2017, noch keine Aufwendungen angefallen. Zudem konnte der Ansatz Stipendien für Medizinstudent/-innen mangels Bewerbern nicht im vollen Umfang ausgeschöpft werden. Insgesamt wurde im Amt Finanzverwaltung und Schulen der Nettoressourcenbedarf um knapp 300 T€ unterschritten.

Amt 12: Rund 140 T€ konnten bei den Aufwendungen für Energie eingespart werden. Durch eine Berichtigung der Nutzungsdauer zusammenhängend mit der Teilsanierung / Umbau der naturwissenschaftlichen Räume im Gebäude des Beruflichen Schulzentrums Freudenstadt erhöhten sich die Abschreibungen. Bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in den Gemeinschaftsunterkünften konnten rund 270 T€ eingespart werden, wodurch sich aber gleichzeitig die Erträge aus internen Leistungsverrechnungen mit dem zuständigen Fachamt Amt für Migration und Flüchtlinge negativ verändern. Die Einsparung wirkt sich daher direkt beim Fachamt aus.
Der geplante Nettoressourcenbedarf wurde nur leicht überschritten.

Amt 13: Insbesondere die hohe Zahl von Integrationskursen sowie eine hohe Nachfrage für Exkursionen und Studienreisen sorgten dafür, dass die Erträge den Planansatz um gut 600 T€ übersteigen. Die höheren Erträge konnten die Zusatzaufwendungen wegen des zusätzlichen Kursangebotes im Bereich der Integrationskurse kompensieren, so dass der geplante Nettoressourcenbedarf der Kreisvolkshochschule um gut 280 T€ reduziert werden konnte.

Budgetbereich 2 (TH2): Vor allem aufgrund der Arbeit im Bereich Flüchtlingshilfe sowie der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen hat sich der Nettoressourcenbedarf im Dezernat II um gut 1,1 Mio. € erhöht.

- Amt 20: Durch die Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes gibt es eine Mehrbelastung von rund 300 T€. Da die tatsächlichen Flüchtlingszahlen nicht den Planzahlen im Rechnungsjahr entsprechen, erhält der Landkreis rund 1,4 Mio. € weniger Kostenerstattungen vom Land. Demgegenüber stehen auch geringere Aufwendungen. Die Personalaufwendungen im Jugendamt werden um knapp 200 T€ unterschritten.
- Amt 21: Die Transferaufwendungen für die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen erhöhten sich im Rechnungsjahr erneut deutlich und lagen um rund 1,7 Mio. € über dem Planansatz. Demgegenüber liegen die Leistungen an das Jobcenter für die Kosten der Unterkunft nach SGB II um rund 1,2 Mio. € unter dem Planansatz. Dies führt zu einem höheren Nettoressourcenbedarf in Höhe von knapp 500 T€.
- Amt 22: Das Rechnungsergebnis der sonstigen ordentlichen Aufwendungen sowie der internen Leistungsverrechnung liegen unter dem Planansatz, so dass sich der Nettoressourcenbedarf im Gesundheitsamt um gut 30 T€ verringert hat.
- Amt 23: Die erwarteten Flüchtlingszahlen, die bei der Haushaltsplanung für das Jahr 2018 zugrunde gelegt worden sind, sind nicht annähernd eingetroffen, was sich vor allem auf die Transferaufwendungen sowie die Erstattungen des Landes auswirkt. Aufgrund zu erwartender Rückzahlungsverpflichtungen von bereits pauschal vereinnahmten Erstattungen des Landes wurde eine weitere Rückstellung i. H. v. 69.772,34 € (Vorjahr 630 T €) gebildet. Zudem werden für drohende Verpflichtungen aus Gerichtsverfahren und Instandhaltungen knapp 200 T € zurückgestellt. Der Nettoressourcenbedarf hat sich insgesamt um rund 1 Mio. € gegenüber dem Planansatz erhöht.

Budgetbereich 3 (TH3): Im Dezernat III hat sich der Nettoressourcenbedarf um 3,4 Mio. € verringert, was vor allem an dem erhöhten Gebühreneinkommen in verschiedenen Bereichen sowie an geringeren Personalaufwendungen liegt.

- Stabsstelle Recht: Als reine Serviceprodukte werden die Aufwendungen auf die verschiedenen Produktbereiche des Landratsamtes umgelegt.
- Amt 30.1: Bei der Bauordnung ist das Gebührenaufkommen für Baugenehmigungen um knapp 70 T€ höher als veranschlagt. Außerdem sorgten Einsparungen bei den Personalaufwendungen durch nicht wiederbesetzte Stellen und günstigere Wiederbesetzungen zur Reduzierung des Nettoressourcenbedarfs um insgesamt 270 T€.
- Amt 30.2: Einsparungen bei den Personalaufwendungen durch nicht wiederbesetzte Stellen und günstigere Wiederbesetzungen führten hauptsächlich zur Reduzierung des Nettoressourcenbedarfs um insgesamt 80 T€.

- Amt 31: Der Nettoressourcenbedarf wird um ca. 97 T€ unterschritten, was vor allem an den niedrigeren Erstattungen vom Land, geringeren Personalaufwendungen sowie niedrigeren Aufwendungen für die internen Leistungsverrechnungen liegt.
- Amt 32: Einsparungen im Bereich Personal, bei den Sach- und Dienstleistungen für die Kontrolle und Verwaltung landwirtschaftlicher Förderprogramme sowie bei den Aufwendungen für interne Leistungen sorgen für einen reduzierten Nettoressourcenbedarf von rund 234 T€.
- Amt 33: Das Bußgeldaufkommen im Bereich Verkehrswesen ist im Rechnungsjahr um rund 700 T€ höher als geplant. Im Bereich der Schülerbeförderung verringerten sich die sonstigen Aufwendungen aufgrund rückläufiger Schülerzahlen. Auch die geringeren Personalaufwendungen aufgrund von über längere Zeit unbesetzter Stellen mangels geeigneter Bewerber beeinflussen das Jahresergebnis positiv. Der Nettoressourcenbedarf verbesserte sich dadurch um rund 1,1 Mio. €.
- Amt 34: Die niedrigeren Sach- und Dienstleistungen konnten die weniger erhaltenen Erstattungen kompensieren. Insgesamt hat das Veterinär- und Verbraucherschutzamt mit einem Nettoressourcenbedarf von knapp 20 T€ besser abgeschlossen.
- Amt 35.1: Vor allem durch spätere oder mangels Bewerber ausbleibende Wiederbesetzung freier Stellen sowie niedrigere Aufwendungen für interne Leistungen schließt die Flurneuordnungsstelle mit einem Ergebnis, das um knapp 140 T€ besser ist als geplant, ab.
- Amt 35.2: Höhere Erträge von rund 250 T€, verzögerte Besetzung freier Stellen sowie niedrigere Aufwendungen für interne Leistungen führten zu einem um rund 530 T€ geringeren Nettoressourcenbedarf als veranschlagt.
- Amt 36: Für den Bereich Landesstraßen erhielt der Landkreis höhere Zuweisungen vom Land von knapp 1,1 Mio. €. Diese Zuweisungen sind zweckgebunden für Maßnahmen. Die Aufwendungen hierfür werden in den kommenden Jahren anfallen und dort für einen entsprechend höheren Nettoressourcenbedarf sorgen. Insgesamt reduzierte sich der Nettoressourcenbedarf im Jahr 2018 um knapp 920 T€ gegenüber dem Planansatz.

Budgetbereich 4 (TH4): Der Nettoressourcenbedarf erhöhte sich gegenüber dem Planansatz um rund 50 T€, was vor allem der Buchungssystematik für das Backbone-Netz zuzuschreiben ist.

Stabsstelle 1: Für die Imagekampagne sind im Rechnungsjahr keine Aufwendungen angefallen. Für das Backbone-Netz sind Rechts- und Beratungskosten angefallen, welche im Finanzhaushalt geplant waren, aber in der Ergebnisrechnung zu buchen waren. Der gesamte Nettoressourcenbedarf liegt rund 50 T€ über dem Planansatz.

Stabsstelle 2: Das Rechnungsjahr verlief planmäßig.

Budgetbereich 5 (TH5): Höhere Schlüsselzuweisungen vom Land in Höhe von 730 T€ sowie ein höheres Grunderwerbsteueraufkommen von knapp 1,4 Mio. € sowie die niedrigen Kreditzinsen sind im Wesentlichen dafür verantwortlich, dass der geplante Nettoressourcenüberschuss um gut 2,6 Mio. € überschritten wurde.

IV. Finanzielle Auswirkungen

Ergebnisverwendung: Der Überschuss beim ordentlichen Ergebnis wird vollständig der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt. Nach der Zuführung beträgt die Rücklage 11.451.546,24 €. Diese Mittel stehen zur Finanzierung von Investitionen zur Verfügung. Damit müssen die Kreditermächtigungen nicht in voller Höhe ausgeschöpft werden.

Die Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses beträgt nach der Zuführung des positiven Ergebnisses 36.218,02 €.

Die Ermächtigungsübertragungen in Höhe von 9.748.019,47 € führen im Folgejahr zu zusätzlichen Aufwendungen und Auszahlungen, die das Ergebnis bzw. den Finanzierungsmittelbestand (Liquidität) belasten.
